

Diese Zeitung erscheint jeden Sonntagabend. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2,40 Einlagen in die Postämter Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Reihe 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von C. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover. Redaktionsschluss: Sonntagabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 8002.

Wohin des Weges?

Wenn Gewerkschaften zu politischen Fragen Stellung nehmen, die sie direkt berühren, so ist dagegen durchaus nichts einzuwenden. Anders liegt die Sache, wenn es sich um parteipolitische Fragen handelt. Die Austragung von solchen Streitfragen innerhalb der Gewerkschaften werden für die Organisationen direkt zur Gefahr, besonders dann, wenn diese Parteipolitik von Deuten betrieben wird, die auf diesem Gebiete noch Unschärfen sind, und noch schlimmer wird die Sache, wenn die Art der Parteipolitik bestimmt wird durch politische Interessen fremder Staatenleiter, wie zum Beispiel gegenteilig von den russischen. Eine Vermorrenheit und Verbosheit, die kaum mehr überboten werden kann, hat in einzelnen Verbänden Platz gegriffen. Auch in unserem Verbands gibt es einige Zehntel, in denen die „Zellen“ Moskaus an der Arbeit sind, die die Redaktion und den Verbandsvorstand mit Resolutionen, Anträgen und Protesten bombardieren. Selbstverständlich tut die kommunistische Presse alles, was in ihrer Macht steht, um die Verbosheit der Zellen zu erhöhen, sie aufzuspüren und bis zur Verbosheit zu treiben. Besonders in letzter Zeit raft und tobt diese Presse wie toll gegen die vernünftigen Gewerkschaftler, so daß sie sich bald nicht mehr überbieten kann. „Sturmriemen unteres Rinn“ und ähnlicher Unsinn prangt in Fettdruck in diesen Blättern, so daß man manchmal unwillkürlich an den Karneval denken muß. Dabei verlangen manche Kollegen nicht mehr und nicht weniger, als wir hätten zu all diesen Tollheiten zu schweigen. Das kann es selbstverständlich nicht geben. Wie naiv manche unserer jungen unerfahrenen Kollegen sind, beweist eine Zuschrift, in der behauptet wird, wir trägen die Politik in die Gewerkschaften, weil wir nicht alle Dummdheiten und Flegeleien kommunistischer Majerei ruhig hinnehmen. Auch den Unsinn, als ob die alten Gewerkschaftler die Gewerkschaften zerstören wollten, glauben manche Kollegen, weil das irgendein russischer Journalist in der kommunistischen Presse geschrieben hat. Die Kollegen merken nicht, daß das nur ein Täuschungsmanöver ist und daß die Richtung Moskau gar nicht die Absicht hat, gewerkschaftlich zu arbeiten, sondern daß sie aus den Gewerkschaften ein politisches Instrument machen will, um das ganze Wirtschaftsleben zum Erliegen zu bringen. Hätten die kommunistischen Drahtzieher damit Erfolg, dann müßte die Wirkung für die Existenzmöglichkeit in erster Linie der Arbeiterschaft eine katastrophale sein, denn wir sind ein Industriestaat, und das befragt alles. Wer das nicht begreift, der soll seine Finger von weltpolitischen Fragen lassen. Die Arbeiterklasse Deutschlands dürfte schwerlich heute schon imstande sein, das Wirtschaftsgetriebe aufrecht zu erhalten resp. es in Gang zu bringen, am allerwenigsten nach einem erbitterten Bürgerkrieg, der aus einer gewaltigen Aktion erwachsen müßte. Die Arbeiterschaft Deutschlands kann die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel auf dem Boden des Rechts, der Demokratie erreichen, wenn sie reif genug ist, das Wahlrecht im eigenen Interesse auszuüben. Das Proletariat ist heute die mächtigste Gesellschaftsschicht im Staate, folglich kann es bei politischer Reife die Majorität in den Parlamenten und in den Regierungen ohne Mühe erringen. Ist dieses Ziel erreicht, dann werden die Parlamente im Sinne des Proletariats ihre Arbeiten aufnehmen, sie werden zur Vergeßlichkeit schreiben, und es wird sich dann zeigen, was wir zu leisten vermögen. Leistet nunmehr die alte Gesellschaft Widerstand, so kann das Proletariat geeinigt den Kampf aufnehmen, gestützt auf das lebendige Recht, das die Majorität gibt. Eine Minderheit kann kein lebensfähiges Recht schaffen, denn es ist zweierlei, ob eine alte Minderheit, die in einer früheren Geschichtsepode Mehrheit war, ihr geschriebenes Recht verteidigt, das sich in den Volksgeist eingelebt hat, oder ob eine neue Minderheit ein neues Recht schaffen muß, das im Volksgeist noch nicht genügend Wurzeln geschlagen hat.

Die kommunistischen Führer haben es unterlassen, den Arbeitern auch nur die elementarsten Begriffe über historisches Werden, über Staats- und Wirtschaftsweisen beizubringen. Sie stehen heute noch auf dem Boden metaphysischer Denkweise. Betrachten sie wenigstens die Hegelsche dialektische Denkmethode, dann wäre ein gegenseitiges Verstehen noch leichter. Das schlimmste ist aber, daß sie behaupten, die materialistische Geschichtsauffassung zu vertreten, während sie sich einbilden, unvermittelt die bestehende Wirtschaftsform einfach plötzlich abzuhauen und eine neue hinstellen zu können. Daß das nicht geht, beweisen die Vorgänge in Rußland, wo jetzt der Kapitalismus den Faden dort aufnimmt, wo die bolschewistische Regierung glaubte, ihn endgültig abgerissen zu haben. Trotzdem schnarren in Deutschland die russischen Sprechapparate fortwährend: Verrat, Verrat, Verrat usw. Diese Wissenschaft hat den Vorteil, daß sie das Gehirn nicht anstrengt.

Was würde nun in Deutschland werden, wenn es gelang, die Gewerkschaften in das kommunistische Fahrwasser zu bringen? Nehmen wir einmal an, in den Gewerkschaftsleitungen wären nur noch kommunistische „Bongen“. Die Mitgliedschaft würde nun selbstverständlich die Erfüllung aller gemachten Versprechungen

fordern, denn wozu hätte sie auch die M.-S.-P. und die U.-S.-P.-Anhänger beseitigt und V.-R.-P.-D.-Vertreter an deren Stellen gesetzt? Die Kommunistenbongen müßten jetzt praktisch arbeiten, und es würde sich bald herausstellen, daß die Verhältnisse stärker sind als der größte Kommunistenhauptling. Die Versprechen könnten nicht eingelöst werden, und die Mitgliedschaft würde sich gegen die kommunistischen Führer genau so wenden wie gegenwärtig gegen die U.-S.-P.-Anhänger auch, die vor den Kommunisten mehr versprochen, als sie jetzt halten können. Ober die kommunistischen Führer würden den Kleinkampf ganz einstellen und den Großkampf, die immerwährende Aktion, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember inszenieren. Nun ist Deutschland nicht ein Rußland. Wir haben einen starken Stamm historisch geschulter Genossen und Kollegen, die jedenfalls nicht gewillt wären, sich als Versuchstarnickel herzugeben für anarcho-utopistische Experimente. Es würde die „Diktatur“ einsehen, allerdings nicht die des Proletariats, sondern die Diktatur der kommunistischen Götter, die wiederum zu handeln hätten auf Anordnung Zensur-Lenins, des Obergottes. Der Kommunismus kennt bekanntlich keine persönliche Freiheit. Brutaler Zwang würde alle opponierenden niedezubrüden versuchen. Gewerkschaftliche Kämpfe gäbe es nicht mehr, denn nun gäbe es wie in Rußland: Entweder, oder, parieren oder untergehen. In Rußland hat man damals der Arbeiterschaft begreiflich zu machen versucht, daß man unter bolschewistischen Regime freilich nicht durchzuführen könne, was vorher versprochen wurde, und weil die Arbeiterschaft das nicht einsehen wollte, wurde diktatorisch der Achtstundentag beseitigt, die Akkordarbeit eingeführt, den Gewerkschaften Streiks verboten, die sich dagegen wehrenden Führer verhaftet usw. Ähnlich würde es auch in Deutschland werden. Will die deutsche Arbeiterschaft solche Zustände? Wünscht sie diesen Terror, der sich in Rußland ausstößt und der bereits auch bei uns in seinen Anfängen vorhanden ist? Will sie — um mit den Worten Adels zu reden — „durch eine Hölle von Qualen“ gehen, nur um nachher wie jetzt in Rußland dem Kapitalismus das Feld wieder zu überlassen, weil mit Leuten, die noch keine Spur von sozialistischem Geist in sich aufgenommen haben, ein sozialistischer Staat nicht zu erbauen ist? Möge das deutsche Proletariat seine politische Reife bei den Wahlen beweisen, dann wird es auch allmählich die wirtschaftliche Macht erringen, ohne durch eine Hölle von Qualen gehen zu müssen. Es würde sich allerdings sehr bald zeigen, daß man wohl für einige Zeit die intellektuell verhältnismäßig noch niedrig stehende russische Arbeiterschaft nach russischen Methoden erziehen kann, aber nicht eine zum Teil geistig höher stehende Arbeiterklasse wie die deutsche. Dann würde die Arbeiterschaft unschwer erkennen, wer die Verräter sind, und unsere guten Kommunistenführer könnten den „Sturmriemen unteres Rinn“ nehmen, denn nun hieße es laufen. Wer seiner Sache sicher ist, der braucht nicht so zu toben und zu wüten gegen die wirklich praktischen Gewerkschaftler, wie es die kommunistische Presse tut. Diese nicht mehr zu überbietenden Wutausbrüche sind nur daraus erklärlich, daß die kommunistischen Univerfalspolitiker den größten Teil der indifferenten Organisierten für sich gewonnen haben, und nunmehr stößt ihre Agitation bei den fortgeschrittenen Mitgliedern auf erheblichen Widerstand. Daher die Verbosheit, denn die Moskauer Vertreter wissen auch, daß eine mit dem Aufwand äußerster Energie künstlich geschaffte Bewegung abzuflauen beginnt, wenn diese Kraftvergeubung nicht mehr überboten werden kann. Dieser Bewegung fehlt der solide Unterbau, und der Rückschlag, die Erschlaffung, muß früher oder später eintreten. Es liegt nun an unseren besonnenen Mitgliedern, sich nicht nervös machen zu lassen. Sie müssen die Hohlheit des Kommunismus, wie Moskau ihn vertritt, nachweisen. Sie dürfen nicht vor den Kraftmenschen die Segel streichen. Im Gegenteil, unsere Kollegen müssen gegen das wilde Treiben der Moskauer Richtung in eine geschlossene Abwehr eintreten.

Bereits im August 1920 gelegentlich der Tagung der dritten Internationale wurde von Moskau aus aufgerufen zur Gründung kommunistischer Zellen. Seit dieser Zeit höhren und wühlen sie in den Gewerkschaften. Diese gewerkschaftszerrüttende Tätigkeit muß ein Gegenstück bekommen. Alle erfahrenen, vernünftigen Gewerkschaftsmitglieder müssen gemeinsam handelnd zur Abwehr auftreten, denn isoliert erliegen sie dem rücksichtslosen Vorgehen der Richtung Moskau.

Die „Leitfäden für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften“ werden in Nummer 12: „Damit die Kommunisten diese Revolutionierung der Gewerkschaften rasch und systematisch durchführen können, müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zu Fraktionen zusammenschließen, nicht nur sich in Zellen oder Fraktionen abzutun, sondern um wirksam unter den nichtkommunistischen Klassenangehörigen zu arbeiten. Die Fraktionen müssen industriegruppenweise, entsprechend dem Schema für die Betriebsräte, ortszugangsweise und über das Reich zusammengefaßt werden.“

Das ist der Aufbau der neuen Organisation. Und nun ist es auch für unsere Kollegen Zeit, endlich dem kommunistischen Beispiel zu folgen und gemeinsam zu handeln. Der Kampf heißt: Amsterdamer oder Moskau? Laßt euch den Terror nicht über den Kopf wälzen! Es ist nicht unsere Schuld, daß es so kam. Die Einigkeit und Einheit der Gewerkschaftsbewegung war uns heilig. Nunmehr ist sie nicht mehr vorhanden, Moskau hat den Bruderkampf gebracht.

Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerkschaften?

Die Tatsache, daß jetzt einige Gewerkschaften dazu übergehen, Mitglieder aus ihren Reihen zu entfernen, die ihrer Meinung nach eine die Gewerkschaften schädigende Tätigkeit ausüben, zwingt mich die Feder in die Hand. Ich habe selbstverständlich kein Recht, mich in die inneren Angelegenheiten anderer Gewerkschaften zu mischen, möchte aber unsere Mitglieder und vor allen Dingen unseren Hauptvorstand bitten, nicht so ohne weiteres mit Ausschüssen vorzugehen, der härtesten Strafe überhaupt über einen organisierten Arbeiter seitens der Organisation verhängt werden kann.

Wir haben nach meiner Meinung in erster Linie die Verpflichtung, unserer Mitgliedschaft die Ueberzeugung beizubringen und durch die Tat zu beweisen, daß die Gewerkschaften erstlich und ehrlich gewillt sind, für unser Ziel, die Beseitigung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zu kämpfen und zu siegen unter gleichzeitiger Berücksichtigung und Durchführung unserer Gegenwartsforderungen.

Nun weiß ich, daß darüber, ob die Gewerkschaften in diesem Sinne arbeiten, auch in unserer Mitgliedschaft geteilte Meinungen vorhanden sind. Ich jedenfalls spreche aus, unbeschadet der etwaigen Angriffe von ganz links: Unsere Organisation hat bis heute den Standpunkt des Klassenkampfes nicht verlassen, trotzdem sie und die Handlungen vorgekommen sind, die diesen Standpunkt gerade nicht erkennen ließen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte ich sagen, daß diese Handlungen aus der Not der Zeit geboren waren und ihre Ursache in den ökonomischen und politischen Verhältnissen hatten. Ich behaupte, wenn diese Handlungen unterblieben wären, hätte man auf die Erfüllung so mancher Gegenwartsforderungen zumgunsten vieler unserer Mitglieder verzichten müssen. Wohl bin ich mir bewußt, daß meine Ansicht den heftigsten Widerspruch der führenden Kommunisten wachrufen wird. Trotzdem müssen wir immer wieder unseren Kollegen, die zum Teil an den Gewerkschaften irre geworden sind, der Kritik der führenden Kommunisten die nackten Tatsachen gegenüberstellen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß unsere Kollegen endlich einsehen werden, daß die Kommunisten auch nur mit Wasser zu fischen vermögen.

Weil ich diese Hoffnung habe, so wird man verstehen, wenn ich dieselbe nicht durch allzuhartes Vorgehen vernichtet sehen möchte.

Durch solchen rücksichtslosen Ausschluß schafft man doch in den Augen vieler unserer Mitglieder gewissermaßen Märtyrer, und die Erfahrung lehrt, daß dadurch eine Bewegung nicht nur nicht eingedämmt, sondern vielmehr noch gefördert wird und ihnen neue Anhänger zugeführt hat.

Nun werden mir einige Kollegen zurufen: „Ja, sollen wir denn so lange warten, bis unsere Organisation völlig zerfallen ist?“ Demgegenüber möchte ich denn doch sagen: „Habt ihr denn so wenig Vertrauen zu euch selbst und zur Werbekraft unserer Gewerkschaft? Befürchtet ihr andererseits, daß die Kommunisten mit ihrer Taktik auf die Dauer eine wirklich breite Basis finden werden? Ich sage nein!“

Der „Offene Brief“, der seitens der Kommunisten an die Gewerkschaften, an die politischen Parteien usw. gerichtet worden ist, scheint mir ein Beweis zu sein, daß sich auch bei ihnen die Erkenntnis Bahn bricht, daß sie allein nicht imstande sind, die Welt zu erobern, sondern hierzu der Mithilfe des gesamten Proletariats bedürfen. Die Kommunisten müssen doch endlich einsehen, daß sie, wenn sie so lange warten wollen, bis sich das gesamte Proletariat unter ihrer Fahne vereinigt, die Erfüllung ihrer Hoffnungen und Wünsche auf den St. Nimmerleinstag verschieben müssen. Darum handelt man meines Erachtens auch hier richtiger, wenn man dem offenen Schreiben eine ernstere, Bedächtigung entgegenbringt, als es leider bisher geschehen.

Unseren kommunistischen Kollegen aber möchte ich sagen: Laßt ab von den Sonderbestrebungen und bedenkt, daß das, was ihr heute in Anspruch nehmt, morgen jede andere Partei ebenfalls für sich in Anspruch nehmen kann, und dies muß zur Spaltung führen oder aber die Gewerkschaften völlig kampfunfähig machen. Davon hättet nicht nur ihr den Schaden, sondern das gesamte Proletariat, und den Nutzen hat die Kapitalistenklasse. Darum rufe ich euch zu: „Seid einzig, einzig!“ Hermann Müller (Berlin).

Elfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sitzungen fanden am 19. und 20. Januar statt. Zu Beginn eröfnete der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Graßmann, das Andenken des ersten Vorsitzenden, Genossen Legien. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen 4 Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungssachen händelten beghärtigte den Ausschuss zunächst die vor einigen Seiten betriebene und von den französischen Verbänden richtig begangene Streikbewegung der Frankfurter Arbeiter im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vor-

teil bieten. Später jedoch leicht zu ihrem Schaden auszuweichen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Den vierten Punkt: Bericht der Sozialisierungs-Kommission, leitete die Arbeit mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaues endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Der Mitglieder und praktische Arbeit zur Erhebung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Eingliederung in den Gewerkschaften hoch zu halten.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion dafür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Arbeiterregierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschusse scharfe Erregung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

nur zuständig ist für Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Vertrages ergeben. Unter den einzelnen Bestimmungen des Vertrages befindet sich aber nicht eine einzige, die mit dem in Rede stehenden Anschlag des Arbeitgebers in Beziehung gebracht werden könnte.

Die Mehrheit des Schlichtungsausschusses, 6 gegen 2 Stimmen, steht aber auf dem Standpunkt, daß der Antrag der klagenden Firma auf Abnahme dieses Anschlags und Unterlassung der Bücherkontrolle unbegründet ist.

Es ist grundsätzlich festzustellen, daß § 66 Ziffer 1 und 2 des Betriebsrätegesetzes sich auch auf Reparaturarbeiten innerhalb der Zelle bezieht, die von fremden Arbeitgebern ausgeführt werden, ebenso bezieht sich § 66 Ziffer 9 auch auf Reparaturarbeiten in den Betriebswohnungen.

Sachverhalt und Entscheidungsgrund: Der Arbeitgeber stellt fest, daß die Reparaturarbeiten auf der Zelle und in den Betriebswohnungen nicht in eigener Regie ausgeführt werden, sondern von selbständigen Unternehmern, die das Arbeitsverhältnis ihrer Arbeitnehmer ohne Befugnis durch die Gewerkschaft Friedrich Hufsch, führen und ihren eigenen Betriebsrat oder ihren Betriebsobmann haben müssen.

In Sachen Tomanel und Knecht gegen die Knorr-Dremsen-A.G., Berlin-Dahlem, verhandelt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 11. November 1920 wegen Nachzahlung prognostischer Zuschläge nachstehenden Beschlusses:

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Dem Arbeiterrat ist eine Beschwerde anhängig gemacht worden, die Streitigkeiten zweier einzelner Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber aus ihren einzelnen Arbeitsverträgen betrifft.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Betriebsrätewesen.

Entscheidung nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 und § 24, Absatz 4, Betriebsrätegesetz.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt am 16. November 1920 in der Beschwerdefache Koralewski gegen die Deutsche Werke A.-G. Spandau wegen unberechtigter Entlassung folgende Entscheidung:

Die am 11. Oktober 1920 ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Kläger weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 6000 Mark (Sechstausend Mark) zu zahlen.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Betriebsräte und Reparaturarbeiten fremder Unternehmer.

Die Großbetriebe des rheinisch-westfälischen Bergbaues führen ihre oft sehr umfangreichen Reparaturarbeiten, die fast niemals gänzlich ausfallen, meist nicht in eigener Regie durch, sondern übertragen sie fremden Unternehmern.

Es ist grundsätzlich festzustellen, daß § 66 Ziffer 1 und 2 des Betriebsrätegesetzes sich auch auf Reparaturarbeiten innerhalb der Zelle bezieht, die von fremden Arbeitgebern ausgeführt werden, ebenso bezieht sich § 66 Ziffer 9 auch auf Reparaturarbeiten in den Betriebswohnungen.

Sachverhalt und Entscheidungsgrund: Der Arbeitgeber stellt fest, daß die Reparaturarbeiten auf der Zelle und in den Betriebswohnungen nicht in eigener Regie ausgeführt werden, sondern von selbständigen Unternehmern, die das Arbeitsverhältnis ihrer Arbeitnehmer ohne Befugnis durch die Gewerkschaft Friedrich Hufsch, führen und ihren eigenen Betriebsrat oder ihren Betriebsobmann haben müssen.

In Sachen Tomanel und Knecht gegen die Knorr-Dremsen-A.G., Berlin-Dahlem, verhandelt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 11. November 1920 wegen Nachzahlung prognostischer Zuschläge nachstehenden Beschlusses:

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Dem Arbeiterrat ist eine Beschwerde anhängig gemacht worden, die Streitigkeiten zweier einzelner Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber aus ihren einzelnen Arbeitsverträgen betrifft.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Zulässigkeit der Bücherkontrolle durch den Betriebsrat

Diese für alle Betriebsratsmitglieder wichtige Frage wurde durch einen Schlichtungsausschuß des Schlichtungsausschusses Endenicher a. W. in beiderseitiger Sache entschieden. Der Sachverhalt geht aus folgenden Belanntmachungen hervor:

Da unsere Rechnungskonten eingekauft sind, ist der Betriebsrat bis zur Klärung gezwungen, die Bücherkontrolle selbst zu übernehmen. Es werden alle unsere Kollegen ohne Ausnahme aufgefordert, morgen ihre Bücher mitzubringen und einem der Betriebsräte vorzugeben.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die im Ausschuss des A. D. G. V. vertretenen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften forderten von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Befugnisse und Aufgaben des Gruppenrates.

In Sachen Tomanel und Knecht gegen die Knorr-Dremsen-A.G., Berlin-Dahlem, verhandelt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 11. November 1920 wegen Nachzahlung prognostischer Zuschläge nachstehenden Beschlusses:

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Dem Arbeiterrat ist eine Beschwerde anhängig gemacht worden, die Streitigkeiten zweier einzelner Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber aus ihren einzelnen Arbeitsverträgen betrifft.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig. Begründung: Der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzuständig.

eine beratende Sitzung des Arbeiterrats stattfinden muß, nicht an demselben, nachdem die Sache an den Betriebsrat übergegangen ist...

Überaus wichtigen Beiträgen seitens der GGG gefördert werden.

Gedruckte Bedingungen nebst Zeichnungsschemen sind in den Konsumvereinen erhältlich, werden aber auf Wunsch auch direkt von der Großenlauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Belfriedenstraße 52, zugeandt.

Bewerkschaftliche Nachrichten.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung. Vom Jahrgang 1920 der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung werden gebundene Jahrgänge geliefert. Sie sind auf besserem Papier gedruckt und für Bibliotheken bestimmt.

Einheitsorganisation der Angestellten im Gastwirts-gewerbe. Mit dem 1. Januar d. J. haben sich der „Verband der Gastwirts-gehilfen“, der „Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten“ und der „Internationale Verband der Köche“ zu einer Einheitsorganisation, dem „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten“, verschmolzen.

Berichte aus den Zahlstellen.

An die Einsender. Die Zahlstellenberichte sind so zahlreich eingegangen, daß ihre Aufnahme im „Proletarier“ erst nach und nach mit erheblichen Verspätungen erfolgen kann.

Angsbürg. Am 9. Januar fand unsere Jahres-Generalsammlung statt. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß wir im vergangenen Jahr mit Lohnbewegungen reichlich zu tun hatten.

Dona. Am 16. Januar fand unsere gut besuchte Generalsammlung statt. Buerst gab Kollege Webers den Geschäfts- und Kassenbericht für dieses Jahr ab.

Wörth. Zusammenfassend die Tätigkeit innerhalb einer Zahlstelle zu einem Bericht zu veröffentlichen, ist nicht immer die angelegentlichste Aufgabe, es sei denn, der Bericht ist inhaltlich nur aus den Ton — alles gut! abgefaßt.

wesentlichen wie folgt wiedergegeben: Beiträge wurden 148 681 entnommen im Durchschnitt 41,6. Eine nicht befriedigende Beitragsleistung. Hier ist besonders auf die recht oft gegebenen Anrechnungen...

Aufstellungen, wie bisher unter der Bezeichnung Agitation, zu machen, erübrigt sich infolge der veränderten Lage. Es soll die Tätigkeit im allgemeinen hier kurz gestreift werden.

Von Beginn bis Ende des Jahres fanden Lohnfragen im Vordergrund, abgesehen von ganz unbedeutenden Pausen. We man es so gern wünscht, alle in zufriedenstellender Weise erledigen zu können, ist leider nicht immer gegliedert, allgemein aber beaurteilt, find die Vorteile...

Höhr-Granzhausen. Die Konferenz der Bezirkszahlstelle Höhr-Granzhausen fand am 16. Januar in Maxlein statt. Vertreter waren 8 Frauen und 10 Delegierte.

Worms. Am 16. Januar fand unsere gut besuchte Generalsammlung statt. Buerst gab Kollege Webers den Geschäfts- und Kassenbericht für dieses Jahr ab. Der Bericht ist zu entnehmen, daß wir im vergangenen Jahr mit Lohnbewegungen reichlich zu tun hatten.

Jena. Bezirksgeneralsammlung. Durch die weitere Ausbreitung unserer Zahlstelle war es eine Notwendigkeit, daß Vertreterinnen zu den Generalsammlungen einzuziehen. Am 16. J. fand die erste Delegierten-Generalsammlung unserer Zahlstelle in Jena statt.

Selbst unter Beachtung des § 78 und § 86 kann der Betriebsrat bzw. der Gewerkschafts-Ausschuß nur anrufen, soweit für den Streitfall dieser an sich zuständig ist.

5. Aus den vorliegenden vier Gründen mußte der Schlichtungsausschuß die Beschwerde wegen Unzuständigkeit zurückweisen, ganz abgesehen davon, daß jeder einzelne Grund dazu genügt hätte.

Genossenschaftsbewegung.

Obligationsanleihe der GGG zu 5 1/2 Prozent.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, in Volkstreffen kurz GGG genannt, besteht nunmehr 27 Jahre und hat während dieser Zeit ihres Bestehens planmäßige, fruchtbringende Arbeit dadurch geleistet, daß sie den deutschen Konsumgenossenschaften und den ihnen angegliederten Verbrauchern für weit über 3 Milliarden Mark Waren in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen lieferte.

Etwas 1 Milliarde und 300 Millionen Mark wird der Umsatz der GGG im Jahre 1920 betragen, wovon allein für mehr als 180 Millionen Mark Waren in den eigenen Fabriken hergestellt wurden.

Die GGG unterhält zur Zeit außer ihrer Zentrale und mehreren Lagern in Hamburg noch Niederlassungen mit eigenen Lagern in Gröba (Sachsen), Berlin, Breslau, Düsseldorf, Nürnberg und Mannheim. Weitere Niederlassungen sind in Vorbereitung für Stuttgart und Königsberg.

In Vorbereitung sind: die Errichtung einer Handelszentrale in Chemnitz und einer Fischindustrie in Altona mit Räuchererei, Braterei und Marinieranstalt. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe war zu einem wesentlichen Teile bereits vor dem Kriege geplant und soll mit aller Energie in die Wege geleitet werden, sobald die Möglichkeiten, besonders bezüglich des Bauens, gegeben sind.

Zur Erfüllung ihrer für die Verbraucher so ungemein wichtigen Aufgaben bedarf die GGG aber heute mehr denn je ganz bedeutender Mittel. Deshalb legt sie jetzt eine Obligationsanleihe zur Zeichnung auf, die mit 5 1/2 Prozent im Jahr verzinst wird und die in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10 000 M. zu haben ist.

Allen Genossenschaftlern und Gewerkschaftlern, die dazu irgendwie in der Lage sind, empfehlen wir dringlich die Zeichnung dieser Anleihe. Sie ist eine gute und sichere Kapitalanlage. Außerdem erweist man der organisierten Verbraucherschaft und damit sich selbst den besten Dienst, wenn man den Konsumverein der Konsumvereine unterstützt, weil damit auch die für die Verbraucher so

Der Erwerbstrieb.

Woher der stürkste Trieb, den wir im menschlichen Zusammenleben beobachten...

Frederischen Bier nach Beitz, und ein moderner Pastor hat den Ausdruck geprägt...

Was ist zu tun, um Habgucht und Erwerbssgier aus dem menschlichen Zusammenleben zu beseitigen?

Die Folge davon wäre, daß es im ganzen Deutschen Reich kaum noch einen Gegenstand gibt...

Zus weiteren werden die Steigerung der Rohstaunkohlen und Britette seit 1919 um das Zwanzigfache...

Die Inlandsverluste konnten im Jahre 1920 noch mit 88 Prozent aus den Auslandserlösen gedeckt werden...

Die Lagerbestände auf den Kalzwerken haben bereits eine große Ausdehnung angenommen...

Es heißt dann weiter in der Begründung, daß das deutsche Volk die schlechte Ernte des Vorjahres...

Also, weil die Lagerbestände eine große Ausdehnung angenommen haben...

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Verbindlicherklärung des Schiedspruchs für die Kalzindustrie.

Berlin, den 21. Januar 1921.

In der Lohnstreitigkeit des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands...

Die in dem Schiedspruch vorgeschlagene Lohnhöhung ist zum Ausgleich für die gestiegenen Kosten...

Dagegen mußte die Verbindlicherklärung aus formellen und sachlichen Gründen abgelehnt werden...

Nach den bei den Akten befindlichen Aufzeichnungen hat eine hinreichende mündliche Verhandlung...

Es ist daher dieser Streitpunkt zunächst zwischen den Parteien des Tarifvertrages zu verhandeln...

Antrag des Kalzsyndikats auf Erhöhung der Inlandspreise für Kali.

Das Kalzsyndikat hat sich am 15. Januar mit einem Antrag auf Erhöhung der Inlandspreise...

Konzentration der Zündholzindustrie.

Die Gesellschaft Rühl & Co. in Kassel, die vor einiger Zeit die Zündholzfabrik Rühl angekauft hatte...

Nahrungsmittel-Industrie

Arbeitsmangel in der Margarine-Industrie.

Die deutsche Margarine-Industrie befindet sich zur Zeit wieder einmal in einer Krise...

Bei dem plötzlichen Abbau der Zwangswirtschaft für Dele und Fette erlebten wir das gleiche Schauspiel...

Trotz Warnung war die günstige Gelegenheit verpaßt worden, rechtzeitig Rohstoffe zu billigen Preisen einzukaufen...

Der gegenwärtige Beschäftigungsmangel soll nun darauf zurückzuführen sein, daß die Geschäftswelt mit Bestellungen zurück...

